

## Venezuela

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>5</b>
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>21</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Sicherheitssektor in Venezuela

Die wichtigsten Waffenlieferanten für Venezuela zwischen 2018 und 2022 waren die Niederlande und Spanien. Die USA waren zwar lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab und Venezuela suchte stärkere Rüstungskooperationen mit Russland und China.

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“.

Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den USA unterstützt wurde. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Inwiefern der Tod Hugo Chavez' und die Amtsübernahme durch Nicolás Maduro das Verhältnis zu den USA verbessern könnte, bleibt abzuwarten.

Unter der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Hugo Chavez wurden die Aufgaben und der politische Einfluss der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so gab es unter Chavez eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen.

Unter Präsident Nicolás Maduro sollten politische und militärische Posten stärker getrennt werden. Die Entscheidung betraf aber offenbar nur aktive Militärs, nicht ehemalige Mitglieder der Armee. De facto haben die Streitkräfte seither an Einfluss und Ressourcen hinzugewonnen und stellen eine wichtige Säule des Maduro-Regimes dar. Obwohl die Ansichten innerhalb des Militärs stark divergieren, steht eine große Mehrheit auf Seiten Maduros, da die Opposition aus ihrer Sicht keine attraktive Zukunft für die Streitkräfte anbietet, den Streitkräfte Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und eine Verfolgung dieser anstreben. Eine UN-Untersuchungskommission stellte die Beteiligung von Präsident Maduro und hochrangigen Militärs an Verbrechen gegen die Menschlichkeit fest. Einige hochrangige Militärs fürchten daher eine drohende Strafverfolgung unter

oppositioneller Führung und stützen das Maduro-Regime teilweise womöglich eher aus Selbstschutz als aus Überzeugung.

### **Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)**

Gegen Venezuela bestehen Sanktionen durch die EU, zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als hoch problematisch zu bewerten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende. Zudem gibt es Berichte über Folter, Entführungen und außergerichtliche Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte. Ein [UN-Menschenrechtsbericht](#) aus dem Jahr 2019 untermauert einige dieser Behauptungen. Seit 2018 ermittelt daher auch der Internationale Strafgerichtshof bezüglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere gegen die 2016 gegründete Sondereinheit Fuerzas de Acciones Especiales (FAES) und leitete 2021 eine formale Untersuchung ein, welche nach zwischenzeitlichen Verzögerungen, derzeit wieder laufen.

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen deutlich verschärft. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde dessen Nachfolger Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung für unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. In den darauffolgenden Unruhen starben bei Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften nach UN-Angaben mehrere tausend Menschen. Auch paramilitärische Einheiten und Milizen werden von Staatsseite aus zur Protestbekämpfung eingesetzt. Seit einer erneuten Wahl im Jahr 2020 wird Juan Guaidó von vielen Ländern und internationalen Organisationen nicht mehr als Interimspräsident anerkannt, trotz dem Umstand, dass die Wahlen weder als frei noch fair anerkannt wurden. Maduro hat seither wieder die volle Kontrolle über staatliche Institutionen.

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien sind angespannt und werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in ihrem Herkunftsland zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten erklärten Juan Guaidó und warf der venezolanischen Regierung unter anderem vor, Drogenkartelle und Rebellengruppen in Kolumbien zu unterstützen.

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Es gab mehrfach Berichte über die unerlaubte Weitergabe von Waffen aus Venezuela an solche Gruppen.

Venezuela befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wird. Seit 2014 büßte das Land etwa vier

Fünftel der Wirtschaftsleistung ein; ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Im Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Diese dramatische wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch im Stand der menschlichen Entwicklung nieder: Rund 53,3 % der Bevölkerung lebt aktuell in absoluter Armut, kann sich also nicht ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Insgesamt ist die weite Mehrheit (2019: 80 %) der venezolanischen Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten Global Militarisation Index (Rang 71) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Missstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als kritisch.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

## Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	IFF-Sekundärradarsystem: 90,7%	0,77
2000	IFF-Sekundärradarsystem: 53,4% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 46,6%	0,64
2001	Teile für Mannschaftstransporter: 72,3%	0,16
2002	Teile für militärische Fahrzeuge: 95,2%	0,20
2003	Teile für LKW [Anteil nicht erwähnt]	0,23
2004	Teile für U-Boote: 99,0%	37,37
2005	Hydrophone: 50,8% Geländewagen: 48,5%	0,64
2006	Funküberwachungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung: 100%	21,93
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 99,6%	7,31
2008	Teile für U-Boote: 100%	9,0
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19
2014	---	---
2015	---	---
2016	---	---
2017	---	---

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für den ballistischen Schutz [Botschaft]: 100,0%	0,87
2020	---	---
2021	---	---
2022	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

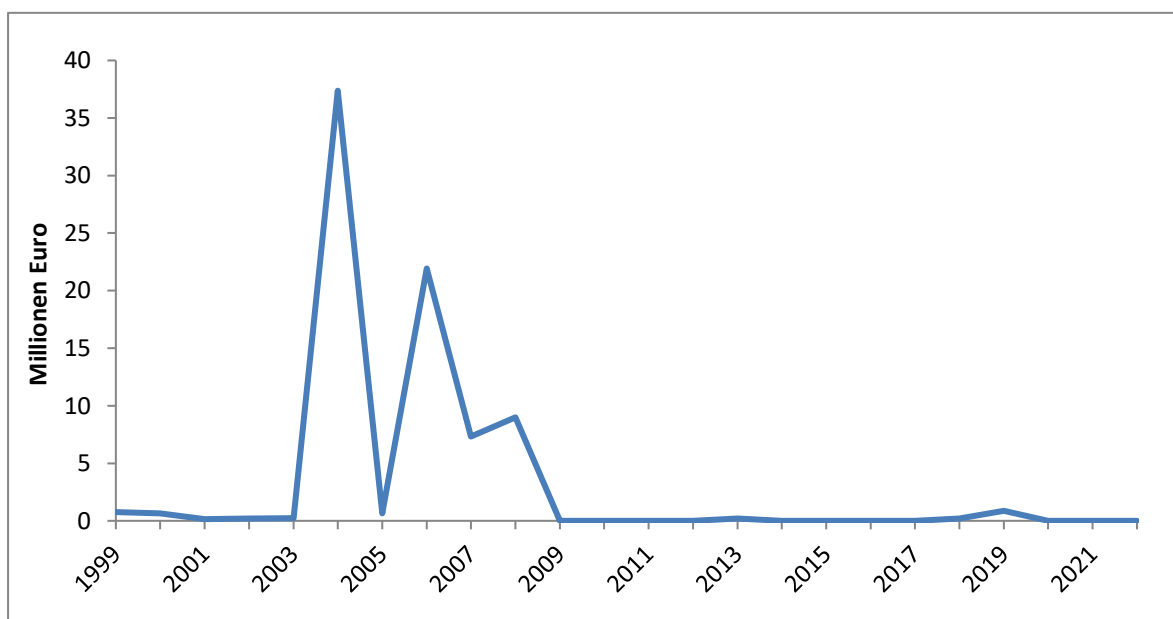


Tabelle 2

*Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Venezuela 2000-2021*

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MTU-1163	Dieselmotor	1998	2002	4	Für 2 modernisierte Lupo Fregatten
32	MTU-1163	Dieselmotor	(2006)	2009-2020	32	Für 4 POVZEE- und 4 Guai-camacuto-Patrouillenschiffe
(1)	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	1	Ursprünglich 8 bestellt, aber nur 1 geliefert
2	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	2	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

### Kommentar

2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen der Lieferung von U-Boot-Teilen stark an, 2006 erreichten sie mit 22 Millionen Euro den zweithöchsten Wert. Von 2009 bis 2017 wurde laut Rüstungsexportberichten lediglich in einem Jahr, 2013, Rüstungsgüter (Geländewagen für Botschaftspersonal) nach Venezuela geliefert. 2018 und 2019 erhielt die deutsche Botschaft erneut Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für den ballistischen Schutz. Seither wurden laut Exportberichten keine Ausfuhren nach Venezuela mehr genehmigt oder vollzogen. Seit 2017 besteht auch ein Waffenembargo seitens der EU gegen Venezuela.

Laut SIPRI-Datenbank wurden zwischen 2009 und 2020 32 Dieselmotoren für Patrouillenschiffe sowie im Jahr 2014 drei Do-228 Leichttransportflugzeuge geliefert.



## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2018-2022, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	14	-	79	-	-	93

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

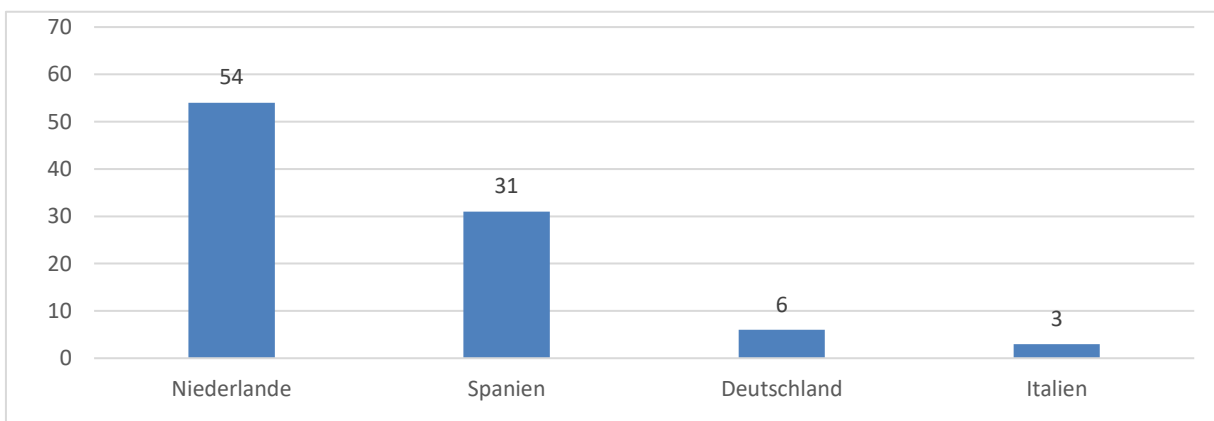
*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2018-2022, Mio. TIV*

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	-	6	-	-	6

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

*Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV*



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

### Kommentar zu den Waffenkäufen

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: Juni 2023) rangierte Venezuela zwischen 2018 und 2022 an 84. Stelle unter den weltweit größten Rüstungs- und Waffenimporteuren. Traditionell waren die Vereinigten Staaten lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern für Venezuela. Mit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab. Ab 2003 lieferten die USA keine Waffen mehr in das lateinamerikanische Land. 2015 importierte Venezuela dann erstmals wieder: Die USA lieferten 16 leichte Enstrom-480 Hubschrauber nach Venezuela.

Zwischen 2018 und 2022 lieferten ausschließlich EU-Staaten Rüstungsgüter nach Venezuela. Bis 2020 lieferte Spanien etwa vier Patrouillenboote (Typ: BVL) im Wert von 1,2 Mrd. Euro. Venezuela hatte bereits 2011 bis 2012 vier Patrouillenboote (Typ POVZEE) aus Spanien bezogen. Die Niederlande lieferten bis 2020 die acht im Jahr 2006 bestellten Aufklärungssysteme des Typs MIRADOR zur Ausrüstung der spanischen Aufklärungsschiffe. Insgesamt lieferten die Niederlande damit 20 Feuerleit- und See- und Luftradargeräte. Zwischen 2015 und 2020 wurden zudem fünf Stan Lander-5612 Landungsschiffe (aus vietnamesischer Produktionslinie) geliefert. Die venezolanische Marine ist seit diesem Modernisierungsprogramm sehr gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein. Italien lieferte zwischen 2009 und 2020 acht Compact 76mm Marinegeschütze, auch zur Aufrüstung der spanischen Boote.

Venezuela kaufte aufgrund der verminderten Beziehungen zu den USA zeitweise verstärkt Waffen in Russland ein. Zwischen 2013 und 2017 verkaufte Russland Venezuela Waffen im Wert von rund einer Milliarde Dollar. Grundsätzlich war Russland bis einschließlich 2014 einer der wichtigsten Rüstungslieferanten Venezuelas: Zwischen 2010 und 2014 hat es allein im Wert von rund 1,8 Mrd. US-Dollar Rüstungsgüter exportiert. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela galten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. Nach 2014 hat Russland jedoch keine Rüstungsgüter mehr geliefert.

Des Weiteren baute Venezuela die Kooperation mit China weiter aus. Zwischen 2016 und 2020 war China Venezuelas wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen, dicht gefolgt von der Ukraine. 2012 schlossen China und Venezuela einen 500-Millionen-Dollar-Handel ab, der unter anderem 91 Schützenpanzer, 121 gepanzerte Mannschaftstransporter sowie neun leichte Panzer umfasst. 2016 empfing Venezuela neun Trainingsflugzeuge des Typs Hongdu K-8W aus China, welche unter anderem drei durch Unfälle verlorene Flugzeuge ersetzen. Im Zuge der innenpolitischen Unruhe verringerten sich die chinesischen Rüstungsexporte jedoch erheblich, sodass das letzte Rüstungsgeschäft zwischen Venezuela und China (eine unbekannte Anzahl an Seezielflugkörpern) 2017 beschlossen wurde. Die Ukraine lieferte ebenso 12 Landungsboote des Typs Stan Lander-5612 und neun Triebwerke für K-8 Übungsflugzeuge aus China.

## Militärausgaben

Tabelle 5

### Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

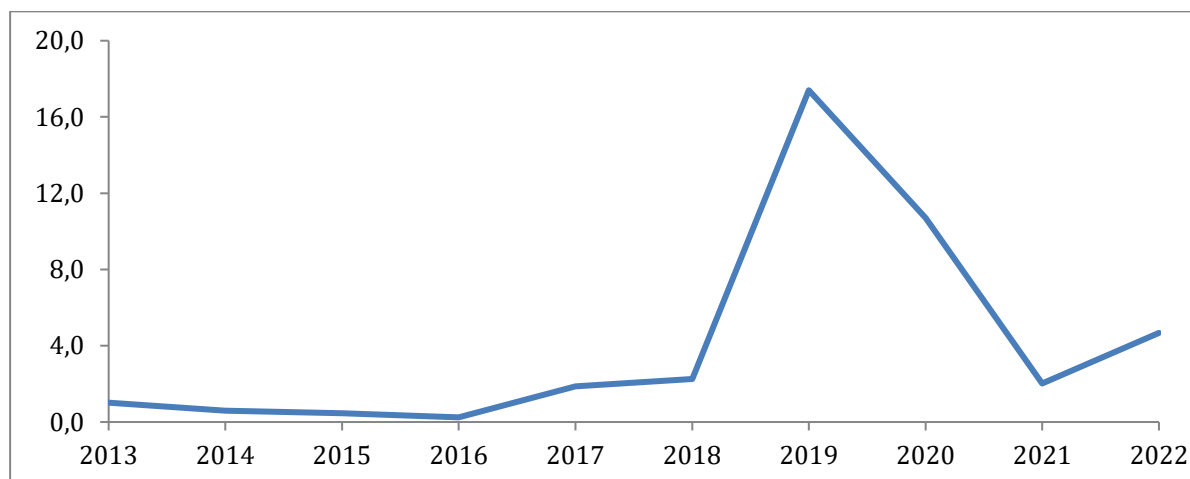
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2,3	17,4	10,7	2,0	4,7
Anteil am BIP (in Prozent)	0,15	1,79	1,58	0,31	0,65
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

### Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2022 in Mio. USD

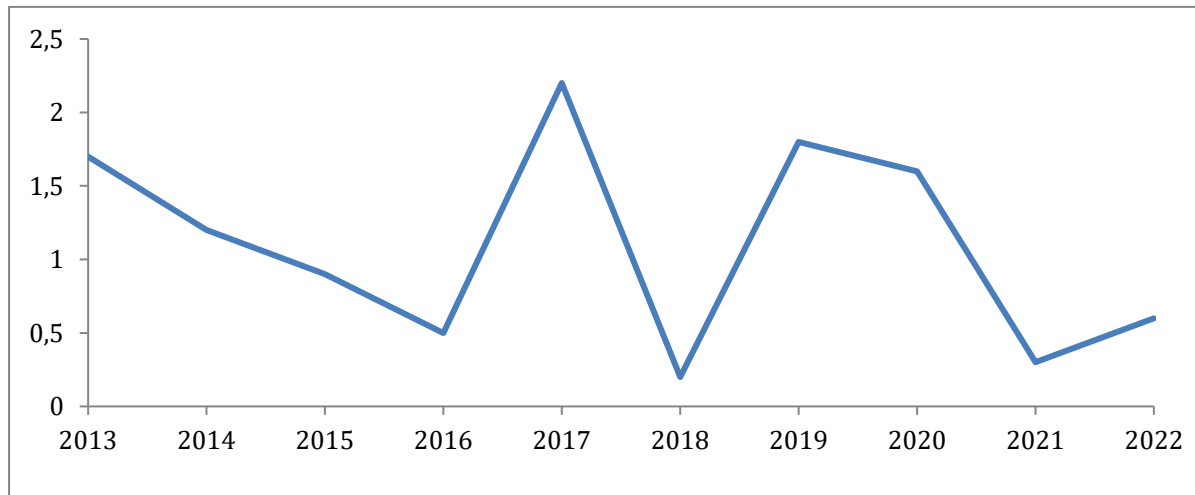


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2021.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

*Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2022 (in Prozent)*



*Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.*

*Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

## Lokale Rüstungsindustrie

Die venezolanische Rüstungsindustrie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Herstellung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen. Die 1975 gegründete größte Waffenfirma, Compañía Anónima Venezolana de Industrias Militares (CAVIM) mit Sitz in der Hauptstadt Caracas stellt u. a. mit Lizenz und Unterstützung der belgischen Firma Fabrique Nationale Herstal das automatische Sturmgewehr FN FAL her.

Bereits 2006 gab es erste Gespräche mit Russland im Rahmen einer allgemein intensiveren Rüstungskooperation zwischen den Ländern über den Bau von Rüstungsfabriken zur Herstellung des Sturmgewehrs Kalaschnikow und entsprechender Munition. Meldungen zu Folge hat Ende 2009 der Bau dieser Fabriken begonnen. Nach Fertigstellung der Fabriken in dem Bundesstaat Aragua sollen sie bis zu 1.500 Menschen beschäftigen. 2012 sollen die AK-103-Fabriken offiziell eröffnet worden sein, allerdings fehlten zu dem Zeitpunkt noch einige Produktionsmaschinen. 2013 lieferte CAVIM demnach erstmals einige Kalaschnikows an die venezolanische Armee, voll funktionsfähig soll die Fabrik allerdings erst seit 2019 sein. Seit 2016 soll CAVIM auch in der Lage sein, eigene Mörser (M66) herzustellen. Im Jahr 2006 wurde die erste inländisch entwickelte Handfeuerwaffe (Pistola Zamorana) vorgestellt.

Ebenso zu erwähnen ist die Centro Nacional de Repotenciación CA (CENARECA), welche bspw. das militärische Mehrzweckfahrzeug Tiuana herstellt und ebenfalls in Caracas sitzt. Die staatliche Schiffswerft UCOCAR ist für Reparaturen, Wartung und teilweise für Ausrüstungsaufgaben verantwortlich. Im Unterschied zu CAVIM und UCOCAR ist CENARECA allerdings kein staatliches Unternehmen.

Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und Sanktionen durch die USA verkündete Präsident Nicolas Maduro 2020 die Gründung eines militärwissenschaftlichen Rats an,

der die Entwicklung eigener militärischer Waffensysteme vorantreiben soll (Consejo Militar, Científico y Tecnológico).

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 30 Monate (selektiv), variiert je nach Region

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

123.000 aktiv, davon:

Heer: 63.000

Marine: 25.500

Luftwaffe: 11.500

Nationalgarde: 23.000

Reserve: 8.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 220.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	115	115	115	123	123	123	123	123	123
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,8	3,8	3,7	4	4,1	4,2	4,3	4,4	4,3

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

## Bewaffnung der Streitkräfte

### Tabelle 7

#### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	173	
Leichte Panzer	109	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	237	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	81	
Aufklärer	121	
Bergepanzer	5	
Brückenlegepanzer	Einige	Leguan
ABC-Abwehrfahrzeuge	10	TPz-1 Fuchs
Transportflugzeuge	28	
Kampfhubschrauber	9	
Mehrzweckhubschrauber	31	
Transporthubschrauber	9	
Artillerie	Mehr als 515	
Panzerabwehr	250	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte und Geschütze; zusätzlich einige Panzerabwehrenk Waffen IMI MAPATS

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Kommentar

Hauptaufgabe der venezolanischen Streitkräfte sind der Schutz der territorialen Integrität sowie Operationen zur inneren Sicherheit und Drogenbekämpfung. Sie sind grundsätzlich ausreichend ausgestattet, um ihre dahingehenden Aufgaben wahrzunehmen – die wirtschaftliche Notlage des Landes schlägt sich jedoch auch in den Militärausgaben und somit zunehmend in der Verfügbarkeit von militärischen Gerätschaften nieder. Die Instandhaltungsmaßnahmen und Neuanschaffungen können nicht im geplanten Umfang getätigt werden.

Lange Zeit bestand der Großteil der Waffensysteme des Heeres aus den Vereinigten Staaten. Mit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab, und Venezuela kaufte verstärkt Waffen in Russland. In den letzten Jahren war auch China ein sehr wichtiger Waffenlieferant für Venezuela. So wurden im Rahmen eines Programmes zur Neuausrüstung aller fünf Militäreinheiten Venezuelas allein zwischen 2015 und 2016 insgesamt rund 2.100 Fahrzeuge aus China geliefert (Infos zu weiteren Waffenkäufen: siehe [Kommentar zu den Waffenkäufen](#)). Die Ausrüstung gilt derzeit als relativ modern und stammt vornehmlich aus russischer und chinesischer Produktion.

Im Februar 2005 wurde erstmalig bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. 2006 wurde ein entsprechender Vertrag zur Lizenzproduktion geschlossen. Die neuen Gewehre sollen nach offiziellen Angaben die bisherige Standard-Waffe der Infanterie, die belgische FN

FAL, ersetzen. Ungefähr seit 2012 produziert die venezolanische Rüstungsfirma CAVIM die AK-103. Durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte insbesondere mit Russland sind auch die Waffensysteme des Heeres modernisiert und ersetzt worden. Auffallend ist der massive Rückgang von Aufklärern in den vergangenen Jahren.

2019 erhielt die venezolanische Armee zudem eine unbestimmte Anzahl generalüberholter Artilleriegeschütze und taktischer Fahrzeuge sowie im September 2020 ca. 100 Tiwana Mehrzweckfahrzeuge in diversen Ausführungen aus heimischer Produktion.

Tabelle 8

**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Davon eins nicht einsatzfähig und das zweite derzeit in Umrüstung
Fregatten	3	Davon zwei nicht einsatzfähig
Patrouillenboote	9	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung	10	

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

**Box 2****Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

*2 Seefernaufklärer (kampffähig)*

*7 Transportflugzeuge*

*12 Mehrzweckhubschrauber*

*4 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr*

*1 Ausbildungshubschrauber*

*1 Transporthubschrauber*

*Marineinfanterie:*

*10 leichte Panzer*

*37 gepanzerte Mannschaftstransporter*

*21 Schützenpanzer*

*11 amphibische Mannschaftstransporter*

*1 Bergepanzer*

*1 Pionierpanzer*

*14 Amphibienfahrzeuge (Landungsboote)*

*23 Patrouillenboote*

30 Artilleriegeschütze  
Einige Panzerabwehrraketen

Küstenwache:  
25 Patrouillenboote  
4 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Kommentar

Venezuelas Marine befindet sich grundsätzlich in einem umfassenden Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess, mit dem Ziel, die Marine in eine green-water/brown-water navy (Operationsradius sind die Küstengewässer und regionale Meere) umzubauen. Gegenwärtig beschränken sich die maritimen Fähigkeiten Venezuelas auf Überwachung der Küsten und befähigen sie, als Strafvollstreckungsakteur zur See in Erscheinung zu treten. Die geplante Anschaffung mehrerer russischer U-Boote, neuer Fregatten, einzelner amphibischer Kampfschiffe sowie leichter Hubschrauberträger würden die Kapazitäten der venezolanischen Marine deutlich erweitern und verbessern. Spanische Fregatten, ausgestattet mit modernen Waffensystemen, spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle. Der Modernisierungsprozess der Marine wird durch die wirtschaftliche Lage jedoch derzeit ausgebremst.

Berichten zufolge haben sowohl Spanien (CN-235 Seeaufklärer) als auch Frankreich (drei U-Boote der Scorpene Klasse) Rüstungsgeschäfte unter zunehmendem Druck der USA zurückgezogen, da die USA in weiteren Rüstungsgeschäften die Gefahr sehen, dass sie die militärische Balance der Seestreitkräfte in der Region negativ verändern würden. Im Juli 2014 wurde zudem die Auslieferung von acht Küstenpatrouillenboten aus spanischer Produktion (vier der Guaiquerí-Klasse und weitere vier der Guaicamacuto-Klasse aus der spanischen Werft Navantia) abgeschlossen. Die venezolanische Marine ist gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein.

Laut Military Balance 2023 befindet sich eines der beiden U-Boote in Nachrüstung und ein weiteres U-Boot sowie zwei der drei Fregatten sind derzeit nicht einsatzfähig.

### Tabelle 9

#### Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	22	
Jagdbomber	18	Einsatzbereitschaft ist unklar
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	4	
Ausbildungsflugzeuge	82	Davon 40 kampffähig
Tankflugzeuge	1	



Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	75	Davon einige C-130H <i>Hercules</i> eingelagert; 5 Passagierflugzeuge
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	22	
Raketen	Einige	u. a. AIM-9L/P Sidewinder; AS-18 <i>Kazoo</i>

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Box 3

#### Weitere Luftwaffeneinheiten

*Luftverteidigungskommando (CODAI):*

*Mehr als 440 Luftabwehrgeschütze, zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen*

Quelle: IISS Military Balance 2023

#### Kommentar

Derzeit betreibt Venezuela ein ehrgeiziges Modernisierungs- und Beschaffungsprojekt, das auch die Luftwaffe betrifft. Seit 2010 hat Venezuela unter anderem Transportflugzeuge von China geordert. Von Russland bekam das Land unter anderem Boden-Luft-Raketen, Panzerabwehr-Raketen und Helikopter. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela gelten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. So ist die venezolanische Luftwaffe unter anderem mit russischen Su-30MK2s ausgestattet. Im November 2015 wurde bekannt, dass das Land weitere zwölf Su-30 Kampfflieger von Russland bestellen will, im Rahmen eines Vertrags in Höhe von rund 480 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde angekündigt, Venezuela wolle die Summe der Waffenimporte aus Russland und China in den kommenden Jahren ausbauen

Es wird ebenfalls geplant, Militärflugzeuge des Typs „Super Tucano“ des brasilianischen Produzenten Embraer zu beschaffen. Gerüchte über eine geplante Lieferung von etwa 50 modernen MiG-29 Kampfflugzeugen aus Russland haben sich nicht bestätigt. Im April 2015 empfing Venezuela 30 Ausbildungsflugzeuge des österreichischen Konzerns Diamond Aircraft, welche insbesondere für das neu errichtete fliegerische Trainingszentrum der venezolanischen Streitkräfte genutzt werden.

### Box 4

#### Nationalgarde

*44 gepanzerte Mannschaftstransporter*

*121 gepanzerte Nutzfahrzeuge*

*3 Ausbildungsflugzeuge*

*34 Transportflugzeuge*

5 Ausbildungshubschrauber  
13 Mehrzweckhubschrauber  
18 Transporthubschrauber  
34 Patrouillenboote  
50 Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Box 5

#### Peacekeeping

Venezuela nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“. Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt worden sein soll. Die genaue Rolle der USA bleibt bis heute aber unklar. Die Oberbefehlshaber:innen von Heer und Nationalgarde verweigerten Chavez ihren Gehorsam und der Präsident des Arbeitgeberverbandes erklärte sich zum Übergangspräsidenten. Allerdings konnte sich nur wenige Tage später der linke Flügel in der Armee gegen die Putschist:innen durchsetzen, sodass Chavez bereits am 14. April seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen konnte. Seit dem gescheiterten Putschversuch hatte sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Viele oppositionelle Offizier:innen sind bis zum Tode Chavez' entweder ins Ausland geflüchtet, wurden verurteilt, entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Chavez äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung Die Welt dazu folgendermaßen: „Wir müssen die Rolle der Streitkräfte radikal neu definieren: Die

Zeit der Militärdiktaturen ist vorbei, aber das Militär darf auch nicht dazu verurteilt werden, zusehen zu müssen, wie eine korrupte Funktionärskaste das Land kaputt macht. Das Militär ist traditionell zuständig für die Sicherheit und Verteidigung der Nation. Wir wollen, dass es teilnimmt am sozialen Aufbau; es soll Brücken und Krankenhäuser bauen, Straßen reparieren und im Erziehungsbereich aktiv werden. Kurz: Es soll sich nützlich machen, um Venezuela voranzubringen - allerdings immer nur in einem demokratischen Rahmen und damit der Politik untergeordnet.“ Die sogenannte zivil-militärische Union soll die Entwicklungen früherer Jahrzehnte beheben, in denen das Militär häufig von der Bevölkerung getrennt war. Das neue Ziel Chavez war es, das Militär so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren und sie zum Teil der Bevölkerung machen. Allerdings wird von vielen Beobachter:innen eben das Fehlen eines solchen „demokratischen Rahmens“ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkte die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen. Präsident Chavez, der am 7. Oktober 2012 in seinem Amt bestätigt wurde, hat angekündigt, die militärischen Reservekräfte des Landes durch die Bildung von kleinen Verteidigungseinheiten auf Gemeindeebene, die zwischen zehn und 500 Personen umfassen sollen, zu vergrößern.

Unter Präsident Nicolás Maduro (seit 2013) sollten politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betraf offenbar nur aktive Militärs und nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutete der Schritt zunächst eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen sollte die Streitkräfte stärken. Grundsätzlich ist der Ansatz der „zivil-militärischen Allianz“ aber auch unter Maduro leitend. De facto haben die Streitkräfte seither an Einfluss und Ressourcen hinzugewonnen und stellen eine wichtige Säule des Maduro-Regimes dar. Obwohl die Ansichten innerhalb des Militärs stark divergieren, steht eine große Mehrheit auf Seiten Maduros, da die Opposition aus Sicht der Militärs keine attraktive Zukunft für die Streitkräfte anbietet, engere Beziehungen zu dem als traditionellen Feind wahrgenommenen USA anstreben und den Streitkräfte Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und eine Verfolgung dieser anstreben.

Auch Amnesty International berichtet seit 2014 von gravierenden Menschenrechtsverstößen durch das Militär und weiterer Sicherheitskräfte und weist darauf hin, dass eine UN-Untersuchungskommission die Beteiligung von Präsident Maduro und hochrangigen Militärs an Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt hat. Demnach werden staatliche Sicherheitskräfte zunehmend zur Repression eingesetzt. Einige hochrangige Militärs fürchten daher eine drohende Strafverfolgung unter oppositioneller Führung und stützen das Maduro-Regime teilweise eher aus Selbstschutz als aus Überzeugung. Das Ansehen der Streitkräfte hat dementsprechend, auch einer Umfrage des [Latinobarometers](#) aus dem Jahr 2020 folgend, sehr gelitten: 53 Prozent der Befragten hat überhaupt kein Vertrauen und 26 Prozent der Befragten nur wenig Vertrauen in die Streitkräfte. Vor dem Amtsantritt Maduros im Jahr 2013 gaben immerhin noch 55 Prozent der Befragten an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben.

Im Mai 2020 kam es zudem zu einem vereitelten Putschversuch. Nach aktuellen Informationen versuchten venezolanische Ex-Militärs (initiiert durch das strategische Komitee des Oppositionellen Juan Guaidó) mithilfe US-amerikanischer Söldner:innen den internationalen Flughafen in Maiquetia unter ihre Kontrolle zu bringen und den Präsidenten in Gefangenschaft zu nehmen. Die sogenannte „Operation Gideon“ soll dabei dem Regime jedoch bereits lange bekannt gewesen und von Beamten:innen unterlaufen worden sein. Es bleibt also weiterhin fraglich, inwiefern von einem ernsthaften Putschversuch gesprochen werden kann.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

[https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide\\_uv=1](https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1)

Die Polizei in Venezuela ist dezentralisiert und stark zergliedert. Die Behörde, welche sich am ehesten mit Polizeiarbeit beschäftigt ist die *Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas* (CICPC). Sie ist für Strafverfolgung und forensische Arbeit verantwortlich und hat etwa 8.000 Beamten:innen. Die 23 Bundesstaaten Venezuelas haben außerdem ihre eigenen Polizeieinheiten und kommen zusammen auf etwa 50.000 Beamten:innen. Zusätzlich gibt es die *Dirección de los Servicios de Inteligencia y Prevención* (DISIP), einen Inlandsgeheimdienst, welcher dem Ministerium für Inneres und Recht untersteht. Als interne Sicherheitsbehörde ist sie insbesondere mit Gegenspionage betraut, wird jedoch seitens verschiedener Menschenrechtsgruppen immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Seit 2009 hat Venezuela im Rahmen einer Polizeireform auch eine neue nationale Polizei. Diese *Policía Nacional Bolivariana* (PNB) hat eine deutlich höhere Erfolgsquote in der Kriminalitätsbekämpfung im Vergleich zu lokaler Strafverfolgung und Prävention. Die Beamten:innen der PNB verdienen außerdem deutlich mehr als andere Polizist:innen in Venezuela. Je nach Lage wird auch die Nationalgarde, *Fuerzas Armadas de Cooperación*, zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und weiteren polizeilichen Tätigkeiten herangezogen. Diese hat über 23.000 Mitglieder und ist unter anderem mit 44 gepanzerten Mannschaftstransportern (davon 20 deutsche des Typs UR-416), weiteren 121 gepanzerten Fahrzeugen, 37 leichten Flugzeugen und 36 Hubschraubern sowie 34 Patrouillenbooten ausgestattet.

Auch die polizeilichen Sicherheitskräfte, wie etwa die FAES (*Fuerzas de Acciones Especiales de la Policía Nacional Bolivariana*), werden von Amnesty International mit zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Bestätigt wurden diese Vorwürfe in einem UN-Sonderbericht 2019. Es kann davon ausgegangen werden,

dass die Hauptaufgaben der bewaffneten Streitkräfte, wie die Drogenbekämpfung und Wahrung der territorialen Integrität, schrittweise dem Erhalt der inneren Sicherheit und dem Regimeschutz weichen.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

**Tabelle 11**

### *Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen*

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Gegen Venezuela bestehen [Sanktionen durch die EU](#) zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Im November 2022 wurde dieses nochmals verlängert.

Venezuela ist mehreren internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, auch der Anti-Personenminen-Konvention von 1999. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Es war als Exporteur von Anti-Personenminen bekannt, hat ihre Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt. 2022 starben in der Grenzregion zu Kolumbien [noch acht Zivilist:innen](#) an Landminen oder wurden hierdurch verletzt.

Sowohl dem Übereinkommen über Streumunition wie auch dem ATT ist Venezuela nicht beigetreten.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 6****Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022**

*While Venezuela is legally a multiparty, constitutional republic, the regime of Nicolas Maduro claims control over all public institutions. In November 2021, the Maduro regime organized regional and municipal elections largely perceived as skewed in their favor. Election observers and media reported arbitrary arrests, criminalization of opposition parties' activities, bans on candidates, and media censorship during the elections. The European Union was allowed to act as election observer for the first time in 15 years, but the Maduro regime asked its observers to leave the country before they could present their final report. In the final report, the European Union noted significant structural deficiencies to the electoral system and provided the regime with 23 recommendations to improve electoral conditions.*

*The Bolivarian National Guard – a branch of the military that reports to the Ministry of Defense and the Ministry of Interior, Justice, and Peace – is responsible for maintaining public order, guarding the exterior of key government installations and prisons, conducting counternarcotics operations, monitoring borders, and providing law enforcement in remote areas. The Ministry of Interior, Justice, and Peace controls the National Scientific, Criminal, and Investigative Corps, which conducts most criminal investigations, and the Bolivarian National Intelligence Service, which collects intelligence within the country and abroad and is responsible for investigating cases of corruption, subversion, and arms trafficking. Police consist of municipal, state, and national forces. Mayors and governors oversee municipal and state police forces. The Bolivarian National Police report to the Ministry of Interior, Justice, and Peace. The national police largely focus on policing Caracas' Libertador municipality; patrolling Caracas-area highways, railways, and metro system; and protecting diplomatic missions. The national armed forces patrol other areas of the country. Civilian authorities' control over the security forces continued to decline and was deeply politicized. Increasingly unpopular with citizens, the Maduro regime depended on civilian and military intelligence services, and to a lesser extent, proregime armed gangs known as colectivos, to neutralize political opposition and subdue the population. There were reports that members of security forces committed numerous abuses. A September UN report detailed the systematic use of the Bolivarian National Intelligence Service and the Military Counterintelligence Directorate to intimidate and control the activities of political opponents.*



*Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings by regime forces; forced disappearances by the regime; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by security forces; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention by security forces; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; unlawful interference with privacy; unlawful recruitment or use of child soldiers; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; serious restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, workplace violence, femicide, and other forms of such violence; substantial barriers to accessing sexual and reproductive health services; crimes involving violence or threats of violence targeting indigenous peoples such as the Yanomami; trafficking in persons; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; significant restrictions on workers' freedom of association; and the worst forms of child labor.*

*The Maduro regime took no effective action to meaningfully identify, investigate, prosecute, or punish officials who may have committed human rights abuses or engaged in corruption.*

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022*  
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/venezuela/>

## **Box 7**

### **Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023**

*Lack of access to economic and social rights remained a serious concern, with the majority of the population experiencing severe food insecurity and unable to access adequate healthcare. The security forces responded with excessive force and other repressive measures to protests, involving various sectors of the population, to demand economic and social rights, including the right to water. Impunity for ongoing extrajudicial executions by the security forces persisted. Intelligence services and other security forces, with the acquiescence of the judicial system, continued to arbitrarily detain, torture and otherwise ill-treat those perceived to be opponents of the government of Nicolás Maduro. A report by the UN Fact-Finding Mission (FFM) on Venezuela exposed patterns of crimes against humanity and called for investigations into several named government officials. Prison conditions remained a major concern, especially regarding overcrowding and the use of illegal detention centres, as well as access to basic rights such as water and food. Despite the adoption of legal reforms regarding the administration of justice, access to the right to truth and reparations for victims of human rights violations remained a challenge. Between 240 and 310 people remained arbitrarily detained on political grounds. The state's repressive policies targeted journalists, independent media and human rights defenders. Illegal mining and violence threatened Indigenous peoples' rights in the Orinoco Mining Arc. Abortion was still criminalized in almost all circumstances. Violence against*

women persisted, despite the existing legal framework. There was no progress in ensuring the rights of LGBTI people. By the end of the year more than 7.1 million Venezuelans had fled the country.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

### Box 8

#### **Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023**

Bewertung für Venezuela auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 14/60

Politische Rechte: 1/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (14/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

### Box 9

#### **Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023**

Venezuela's democratic institutions have been deteriorating since 1999, but conditions have grown sharply worse in recent years due to harsher government crackdowns on the opposition and the ruling party's use of thoroughly flawed elections to seize full control of state institutions. The authorities have closed off virtually all channels for political dissent, restricting civil liberties and prosecuting perceived opponents without regard for due process. Although the country's economy has returned to growth after years of recession, a severe, politically driven humanitarian crisis continues to cause hardship and stimulate mass emigration.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/venezuela/freedom-world/2023>

### Kommentar

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtssituation in Venezuela insgesamt als hoch problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere für den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrant:innen. Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte sind weit verbreitet. Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der sozialistischen Regierung von Präsident Maduro und oppositionellen Kräften seit 2014 (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“), hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. Zählten Folter und das Verschwindenlassen politischer Gegner:innen schon zuvor zu den Methoden der Sicherheitskräfte, so nahmen diese Praktiken insbesondere in den Jahren 2018 und 2019 laut Berichten von Journalist:innen und Menschenrechtsorganisationen noch einmal deutlich zu. Ein [UN-Menschenrechtsbericht](#) aus dem Jahr 2019 untermauert einige dieser Behauptungen. Seit 2018 ermittelt daher auch der Internationale Strafgerichtshof bezüglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere gegen die 2016 gegründete Sondereinheit Fuerzas de Acciones Especiales

(FAES) und leitete 2021 eine formale Untersuchung ein, welche nach zwischenzeitlichen Verzögerungen, derzeit wieder laufen.

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 10

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung**

*By the close of the review period, Venezuela continued to have two presidents and two legislatures. The de facto power-wielding President Nicolás Maduro and the National Assembly elected in an un-free and unfair process in December 2020 had been recognized by about 20 countries, while nominal interim President Juan Guaidó and the legitimate National Assembly elected in 2015 had been endorsed by about 60 countries as of January 2021. [...]*

*The country's strategic partners, including Cuba, Russia, China, Iran and Turkey, have provided the regime a real lifeline. Thus, the government has been extremely effective in the use of international support for its overarching strategic goal, namely securing and tightening its own grip on power. The support is not an integral part of a long-term socioeconomic development strategy. Russia, China and Iran consider Venezuela a bridgehead for their own longer-term geopolitical interests in the region.*

*At first sight, COVID-19 infection and fatality rates appear to be fairly low in Venezuela. However, the data is probably incomplete, and even so, the pandemic is exacerbating the ongoing humanitarian crisis in Venezuela. According to a report by the Center for Strategic & International Studies (CSIS), the already dismal humanitarian situation has further worsened over the course of the pandemic. The government did not act transparently, but rather with a mixture of misinformation and conspiracy theories, and used the state of emergency as cover for repressive measures against the opposition and to punish dissenters.*

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)**

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Venezuela 14 von 100 möglichen Punkten (2021: 14 Punkte). Damit liegt Venezuela an viertletzter Stelle. Lediglich Südsudan, Syrien und Somalia schnitten noch schlechter ab. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

#### **Spannungen und innere Konflikte**

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des ehemaligen, 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen im Land geführt. 2014 kam es zu massiven Protesten gegen die sozialistische Regierung von Präsident Maduro, dem Nachfolgers von Hugo Chavez, an denen insbesondere Studierende beteiligt waren. Seitdem wächst im tief gespaltenen Venezuela die Wut der

Regierungsgegner:innen, was nicht zuletzt aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation resultiert. Die Inflation ist hoch, die Kriminalität steigt. Auch Anfang 2015 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Das venezolanische Parlament stimmte im Januar 2017 einem Beschluss zur Entmachtung des Präsidenten Maduro wegen Nichterfüllung seiner Pflichten zu und forderte mit den Stimmen der oppositionellen Parlamentsmehrheit vorgezogene Neuwahlen. Ein symbolischer Akt, da dem Parlament diese Kompetenz laut Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nicht zusteht.

Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung als unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. Zwischenzeitlich wurde Guaidó von der überwiegenden Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten sowie den meisten Staaten Nord- und Südamerikas anerkannt. Maduro wurde demgegenüber u. a. von Russland, Bolivien, Kuba, der Türkei und Nicaragua gestützt. Im Zuge der Parlamentswahlen im Jahr 2020 erlangte Maduro erneut die volle Macht über die staatlichen Institutionen – einige Länder und internationale Organisationen, darunter die EU, erkennen Guaidó seither nicht mehr als Interimspräsidenten an, trotz dem Umstand, dass sie die Wahlen weder als frei noch als fair bewerteten.

Bei Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und staatlichen Sicherheitskräften starben 2019 UN-Angaben zufolge mehrere tausend Menschen. Auch paramilitärische Einheiten und Milizen werden von Staatsseite aus zur Protestbekämpfung eingesetzt. Die bewaffneten Oppositionskräfte attackierten demgegenüber in Guerilla-Operationen Basen der staatlichen Streitkräfte. Mehrere Millionen Venezolaner:innen sind seitdem auf der Flucht.

Ein latenter Konflikt besteht zwischen der indigenen Bevölkerung Venezuelas, deren Zahl auf ca. 316.000 geschätzt wird, und den ihren Lebensraum gefährdenden Goldgräber:innen und Großgrundbesitzer:innen im Land. Die Verfassung von 1999 räumt den indigenen Gruppen umfassende Rechte ein. Dennoch sind diese Rechte in der Praxis bis heute nicht immer garantiert, sodass es immer wieder zu lokalen Zwischenfällen kommt.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Venezuela hat eine Fläche von insgesamt 912.050 Quadratkilometern und liegt im nördlichen Teil Südamerikas. Es grenzt im Norden an das karibische Meer, im Westen an Kolumbien, im Süden an Brasilien, Peru und Ecuador und im Osten an Guyana.

### **Politische Situation in der Region**

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien sind angespannt und werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in ihrem Herkunftsland zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten erklärten Juan Guaidó. Schon früher wurde der venezolanischen Regierung von kolumbianischer Seite vorgeworfen, Drogenkartelle und Rebellengruppen wie die FARC in Kolumbien zu unterstützen. Duque erneuerte die Vorwürfe im Oktober 2019. Einen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen Kolumbien und

Venezuela jedoch bereits im April 2009 als venezolanische Truppen eine provisorische Brücke, die beide Staaten miteinander verband, in die Luft sprengten und einen kolumbianischen Soldat:innen auf venezolanischem Territorium verhafteten. Die Ankündigung des kolumbianischen Verteidigungsministers, eine neue militärische Basis in der Grenzregion von Guajira aufzubauen, veranlasste Venezuela zur Verlegung von 40 Panzern und Kampfhubschraubern in die Region. Auch im September 2015 eskalierte der Streit, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer:innen ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Soldat:innen verletzt worden waren.

Venezuela war seit 2012 Vollmitglied in der südamerikanischen Wirtschaftsunion MERCOSUR, der zurzeit außerdem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Die zunehmenden Einschränkungen von Menschenrechten und das teilweise gewaltsame Vorgehen gegen die Opposition in Venezuela (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) führten im Dezember 2016 zur Suspendierung der Mitgliedschaft Venezuelas aus dem Bündnis.

### Grenzkonflikte

Zwischen Venezuela und Kolumbien besteht weiterhin ein Konflikt um die Monjes Inseln. Darüber hinaus bestehen in der Region zahlreiche ungeklärte Grenzkonflikte, die immer wieder zu diplomatischen Spannungen führen. Im September 2015 erreichten die Grenzkonflikte einen neuen Höhepunkt, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer:innen ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Militärs verletzt worden waren. Maduro begründet seine Maßnahmen damit, sein Land vor paramilitärischen Angriffen und Schmuggler:innen aus Kolumbien schützen zu wollen. Die Grenzregion ist vorwiegend unter paramilitärischer Kontrolle und dient an manchen Stellen venezolanischen Guerillakämpfer:innen als Rückzugsgebiet. Maduro warf dem Nachbarland vor, die Situation zu dulden oder sogar zu unterstützen und damit zur Destabilisierung Venezuelas beizutragen. Am 05. Oktober 2021 öffnete Venezuela seine Grenze zu Kolumbien nach zweijähriger Schließung wieder.

Seit 1990 besteht zudem ein Territorialstreit mit dem benachbarten Guyana um die Essequibo-Region. Guyana verteidigt dabei eine 1899 von einem Pariser Schiedsgericht festgelegte Grenze, Venezuela pochte hingegen auf Ansprüche aus einem Abkommen von 1966, das vor der Unabhängigkeit Guyanas mit dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde, die vorherige Vereinbarung jedoch außer Acht ließ. Die umstrittene Region hat eine Größe, die mit der Tunesiens vergleichbar ist und soll reiche Vorkommen an natürlichen Ressourcen (etwa Gold und Diamanten) aufweisen. Mit zwei Dekreten (aus den Jahren 2015 und 2021) wurde einseitig ein neues Seegebiet zugunsten Venezuelas geschaffen, nachdem 2015 durch Exxon Mobil Ölvorkommen in der Region entdeckt wurden. Venezuela strebte eine außergerichtliche Einigung an, im Jahr 2018 wurde der Fall jedoch

an den Internationalen Gerichtshof gegeben. Im April 2023 wies der IGH den Wunsch Venezuelas, das Vereinigte Königreich in den Prozess zu involvieren, mit 14 zu einer Stimme zurück. Ein abschließendes Urteil steht weiterhin aus und könnte noch Jahre dauern. Derzeit scheint sich die Lage allerdings aufgrund eines für den 03.12.2023 von Seiten Venezuelas geplanten Referendums zuzuspitzen. Das Referendum soll fünf Fragen umfassen – unter anderem über die Gründung eines neuen Bundesstaates („Guyana Esequiba“) unter Zuerkennung der venezolanischen Staatsbürgerschaft für die in der Region lebende Bevölkerung. Da besagte Region rund die Hälfte des Staatsgebietes Guyanas ausmacht, stellt dies aus Sicht Guyanas eine existenzielle Bedrohung dar und das Land versteht das Referendum durch Venezuela als Vorbereitung für eine Annexionsversuch.

### Regionale Rüstungskontrolle

Während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Rüstungskontrollanstrengungen, die jedoch weitestgehend unwirksam blieben. Als erfolgreichen Fall ist jedoch der Vertrag über eine Nuklearwaffenfreie Zone (Tlatelolco-Vertrag) in Lateinamerika zu nennen. Zusätzlich gibt es eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, die zum Ziel haben, Transparenz bei Rüstungsimporten und -exporten zu erhöhen (OAS Waffen Konvention 1998, OAS Transparenz Konvention 1999).

### Bedrohung von Alliierten

#### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Venezuela sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. In Kolumbien sind derzeit 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) stationiert und etwa 650 in der Guantanamo Bay in Kuba.

### Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

#### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten (unter Vorbehalt)	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebell:innengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird etwa dazu genutzt, Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Hochrangige Politiker:innen und Militärs aus Venezuela sind am Drogenhandel beteiligt und profitieren davon.

**Tabelle 15**

### *Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen*

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>



### UN-Berichterstattung

Venezuela übermittelt weder im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten (die einzigen eingereichten Berichte stammen aus 1997 und 2002, von denen der letztere eigentlich keine Angaben enthält), noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über [Militärausgaben](#) Informationen an die UN.

Da das Land dem [Arms Trade Treaty](#) nicht beigetreten ist, übermittelt es auch hier keine Berichte. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons reichte es bisher lediglich vier Berichte ein (2004, 2006, 2018 und 2020).

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Das US-Außenministerium befürchtet, Waffenlieferungen nach Venezuela könnten an kolumbianische Rebell:innengruppen weitergeleitet werden. Diese Befürchtungen haben sich in der Vergangenheit immer wieder bestätigt. So wurden bereits 2004 zahlreiche Waffen aus venezolanischen Beständen bei der FARC von der kolumbianischen Polizei entdeckt. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebell:innen Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Venezuela ins Land geschmuggelt wurden. Die venezolanische Regierung weist diese Vorwürfe stets von sich. Im Juli 2009 forderte Schweden Venezuela auf, zu erklären, wie schwedische Waffen, die nach Venezuela geliefert wurden, in den Händen der FARC konfisziert werden konnten.

Der Waffenhandel mit kolumbianischen Rebellengruppen wird begünstigt durch die wachsende Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden Zentralamerikas. Es wird angenommen, dass der größte Teil der Waffen mit Hilfe von Motorbooten geschmuggelt oder per Landroute über die dicht bewaldeten Grenzen nach Kolumbien ausgeführt wird.

### Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

#### Box 11

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung**

*A petrostate in decay, the country is characterized by the amassing of political and economic power in the hands of an autocratic ruling elite, unfettered corruption, patronage networks, weak institutional arrangements and the brutal repression of dissent. Gross mismanagement of fiscal, monetary, budgetary and foreign exchange policies, as well as extensive graft, has thrown the country into a complex humanitarian crisis. Under President Maduro's watch, the economy came to a grinding halt, with the GDP plummeting by 86% and inflation topping 65,000% (in 2018). The IMF forecasts further GDP contractions of -10% in 2021 and -5% in 2022.*

*The complex humanitarian crisis has left over 1 million children between three and 17 years of age out of school, and about 350,000 migrant children and youth at risk of lagging behind. Severe structural constraints such as extreme poverty, the lack of a skilled labor force and a decaying infrastructure restrict the regime's governance capacity. But these constraints did not exist when the regime came to power. They are the result of irresponsible macroeconomic management characterized by excessive state interventionism, arbitrary expropriations, and the destruction of the price system and*



market rules, all of which resulted in the strangulation of the private sector. The share of citizens living under conditions of extreme poverty surged to 79.3% in 2019, and the proportion of the workforce deemed skilled labor dropped to 42.3%, a consequence of the decaying education and training system, as well as the massive exodus of well-educated and skilled Venezuelans who have fled the country's crisis.

With oil production down to a trickle, other products such as gold took center stage in generating foreign exchange. The quasi-legitimization of irregular gold mining in collusion with criminal syndicates, along with the stealth sale of the gold produced for cash, helped the regime's leaders survive but also implied that they are involved with criminal gangs. The regime has been effective in clinging to power, while evidently insensible to the complex humanitarian crisis affecting the population. Even the recent steps to loosen the tight controls on the economy, such as de facto dollarization and the stealth reprivatization plan via the Anti-Blockade Law, are intended to serve as lifelines for the cash-strapped regime rather than a move toward liberalization.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

**Tabelle 16**

**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

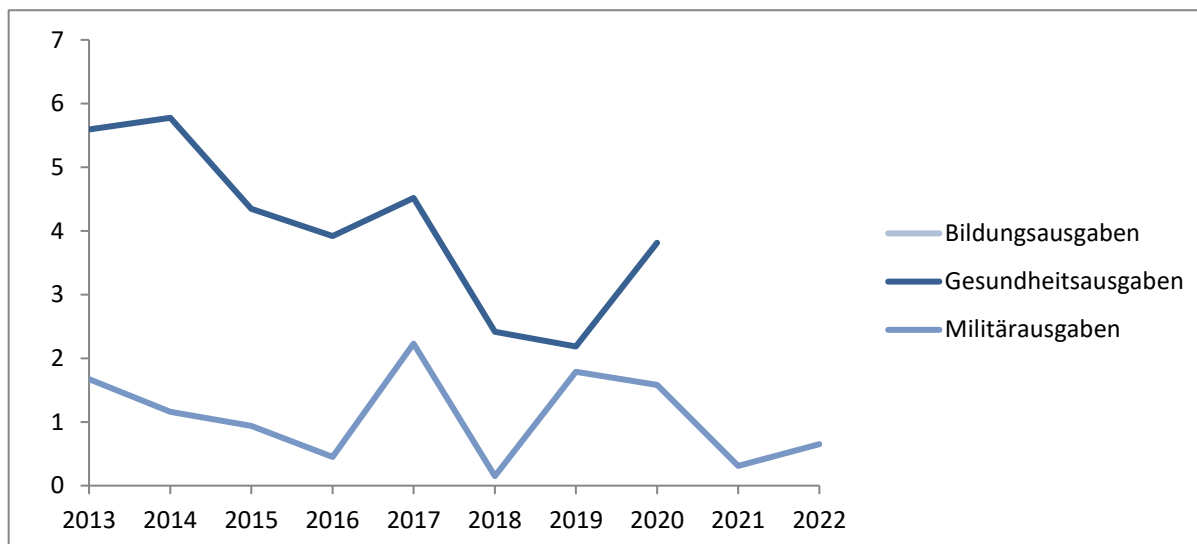
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2,3	17,4	10,7	2,0	4,7
Militärausgaben/BIP	0,15	1,79	1,58	0,31	0,65
Gesundheitsausgaben/BIP	2,4	2,2	3,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	83,1	117,62	195,15	247,8	211,64
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	8,16	9,48	12,26	11,32	24,1

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 18

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	84,7	136,8	126,4	95,5	105,9
Index-Platzierung	95	41	52	84	71

Tabelle 19

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2018	2019	2020	2021	2022
Brasilien	Militarisierungswert	75,8	75	72,9	70,1	68
	Index-Platzierung	110	111	112	114	114
Kolumbien	Militarisierungswert	112,7	112,7	115,4	108,7	108,8
	Index-Platzierung	61	64	63	70	66

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2018	2019	2020	2021	2022
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	22116,0	21162,3	20258,4	19187,1	17675,1
	Militärausgaben/BIP	1,47	1,38	1,33	1,16	1,05
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	8791,0	9450,9	9755,4	10180,1	10295,3
	Militärausgaben/BIP	3,03	3,15	3,53	3,24	3,08

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI)**

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,744	0,738	0,721	0,695	0,691

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

**Kommentar****Zusammenfassung:**

Venezuela befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wird. Seit 2014 büßte das Land etwa vier Fünftel der Wirtschaftsleistung ein; ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Im Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Diese dramatische wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch im Stand der menschlichen Entwicklung nieder: Rund 53,3 % der Bevölkerung lebt aktuell in absoluter Armut, kann sich also nicht ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Insgesamt ist die weite Mehrheit (2019: 80 %) der venezolanischen Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten Global Militarisation Index (Rang 71) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Missstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als nicht kritisch.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Venezuela befindet sich in Folge staatlichen Missmanagements in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, welche durch seitens der USA verhängte Sanktionen zusätzlich verschärft wurde. Die Wirtschaft ist seit 2013 kontinuierlich geschrumpft. Seit 2014 büßte das Land etwa vier Fünftel der Wirtschaftsleistung ein; ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Die Weltbank rechnet Venezuela seit 2021 keiner Einkommensklasse mehr zu – vermutlich aufgrund mangelnder Daten in so gut wie allen Bereichen. Venezuela ist das Land mit den weltweit größten Erdölreserven, investierte unter Chávez und Maduro aber zu wenig der Einnahmen in eine Diversifizierung der Wirtschaft und brachte sich in der Folge in starke Abhängigkeit vom Erdöllexport. Der Fall des Ölpreises ab 2014 war deshalb ein ökonomisches Desaster für das Land. 2021 machte der Erdöllexport rund 70 % der nationalen Exporte aus. Weitere Exportgüter sind Metalle, landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Chemikalien. Erreichte Venezuela 2009 mit seinen Ölexporten noch einen Weltmarktanteil von 4,5 %, so lag dieser Wert 2021 nur noch bei 0,32 %. Hinzu kommt eine zwischenzeitliche Hyperinflation, an der auch eine Währungsreform im Jahr 2019 zunächst wenig ändern konnte. Mittlerweile gilt die Hyperinflation aber als gezügelt. Im

Global Competitiveness Index von 2019 belegte Venezuela den 133. von 141 Plätzen. Seit 2022 ist eine leichte Verbesserung der Situation zu erkennen, so wurden im Oktober 2023 etwa die US-Sanktionen teilweise entschärft.

### **Soziale Entwicklung:**

Diese langanhaltende politische und ökonomische Krise hat auch gravierende Auswirkungen auf die soziale Entwicklung des Landes. Eine nationale [Erhebung der Lebensbedingungen für 2022](#) ergab, dass rund 53,3 % (2021: 68 %) der Bevölkerung in absoluter Armut leben – sich also nicht ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen können. Nur jeder fünfte in der Befragung gab an, sich keine Sorgen um Lebensmittel machen zu müssen (2021: 11,8 %). Gemessen an der nationalen Armutsgrenze leben rund 81,5 % (2021: 94,5 %) in relativer Armut. Trotz einer erstmals seit sieben Jahren sinkenden Armutsquote ist das Einkommen zunehmend ungleich verteilt. So sollen die reichsten 10 % der Bevölkerung rund 553 Dollar pro Monat verdienen, während die ärmsten 10 % von rund 8 Dollar im Monat leben müssen. Der Gini-Koeffizient ist von 0,407 in 2014 auf 0,603 in 2022 gestiegen, was einen äußerst bedenklichen Wert darstellt. Parallel sank der HDI-Wert des Landes von 0,774 in 2013 auf 0,691 in 2021. Stand 2019 waren bereits 80 Prozent venezolanischer Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen, 11,7 Prozent der Bevölkerung unterernährt und die Kindersterblichkeit hatte sich allein zwischen 2016 und 2018 um 30 Prozent erhöht. Ein entsprechendes Schulspeisungsprogramm soll rund 67 % der Betroffenen helfen. Dennoch sollen nur rund mehr als die Hälfte der Ärmsten von dem Programm erreicht werden. Auch werden Lebensmittelkisten durch ein lokale Versorgungs- und Produktionskomitees verteilt, die 90 % der Haushalte erreichen sollen – allerdings de facto lediglich 35 % in angemessener Häufigkeit erreichen. 2019 verfügten bereits vier von fünf Krankenhäusern nicht mehr über ausreichende Versorgungsstrukturen (Wasser, Strom, Medikamente und OP-Materialien). Laut Zahlen der Weltbank soll die Arbeitslosigkeit 2022 bei 5,3 % und die Jugendarbeitslosigkeit bei 11,4 % gelegen haben, wobei dies keine außergewöhnlich hohen Werte darstellt. Eine Erklärung hierfür könnte die hohe Abwanderung – insbesondere der jüngeren Generationen sein. Zudem: 44 % der arbeitenden Bevölkerung sind im informellen Sektor beschäftigt. Die hohe Abwanderung stellt ein ernstes Problem dar, rund 7,7 Millionen Menschen sollen das Land verlassen haben. Entsprechend sind viele Familien abhängig von Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland.

Da die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit seit 2013 durchschnittlich bei 4,1 %, die Militärausgaben bei durchschnittlich 1,1 % am BIP lagen, erscheinen letztere nicht als außergewöhnlich hoch. Ein Vergleich zu den Bildungsausgaben ist aufgrund mangelnder Daten nicht möglich. Trotz einer moderaten Militarisierung Venezuelas im jüngsten [Global Militarisation Index](#) (Rang 71) erscheinen Rüstungsexporte im Anbetracht der gravierenden sozialen und ökonomischen Missstände derzeit in Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes als kritisch.

bicc \  
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany  
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de  
www.facebook.com/bicc.de  
twitter.com/BICC\_Bonn



---

Direktor  
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER  
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT  
Rolf Alberth  
Stella Hauk  
Fiona Wilshusen  
Paul Rohleder

LAYOUT  
BICC

VERÖFFENTLICHUNG  
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

